

FDP.Die Liberalen Generalsekretariat Neuengasse 20 Postfach CH-3001 Bern +41 (0)31 320 35 35

www.fdp.ch

info@fdp.ch

fdp.dieliberalen

@FDP_Liberalen

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF Bundesgasse 3 3011 Bern

Bern, 17. April 2018 / AN VL Empfehlungen Global Forum

Elektronischer Versand: vernehmlassungen @sif.admin.ch

Umsetzung der Empfehlungen des Global Forum über die Transparenz juristischer Personen und den Informationsaustausch im Bericht zur Phase 2 der Schweiz Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen stimmt grundsätzlich zu, dass aufgrund der Empfehlungen des Global Forum in der Phase 2 Massnahmen ergriffen werden, damit die Schweiz auch bei der nächsten Länderprüfung mit einer genügenden Benotung abschliesst. Eine genügende Benotung verhindert Sanktionen, welche der Schweizer Wirtschaft schaden könnten. Einem Swiss Finish, wie die Vorlage des Bundesrates dies in mehreren Punkten vorschlägt, stimmen wir jedoch nicht zu. Überschiessend Massnahmen zu ergreifen, welche nicht vom Global Forum gefordert werden, liegt nicht im Interesse der Schweizer Wirtschaft.

Grundsätzlich muss betont werden, dass die Schweiz bei der letzten Länderprüfung der Phase 2 die Gesamtnote "weitgehend konform" erhalten hat. Die Schweiz muss in der nächsten Länderprüfung nun nicht zur Musterschülerin mutieren, sondern diese Note halten. In den Unterkategorien hat die Schweiz nur zwei Mal die ungenügende Note "teilweise konform" erhalten. Zwei weitere Kategorien wurden zwar mit Empfehlungen versehen, haben aber mit der Benotung "weitgehend konform" abgeschlossen. Somit muss sich der Handlungsbedarf insbesondere auf die Punkte konzentrieren, welche gemäss Länderprüfung in der Phase 2 nur teilweise konform waren.

Im Folgenden legen wir darüber hinaus unsere wichtigsten Kritikpunkte dar:

So handelt es sich bei der Abschaffung der Inhaberaktien für nicht börsenkotierte Unternehmen um eine Massnahme, welche nicht vom Global Forum verlangt wird. Erst 2015 hat die Schweiz ein Meldesystem eingeführt, welches für die betroffenen Firmen mit Aufwand verbunden war. Dies nun nur drei Jahre danach ohne Not durch die Abschaffung der Inhaberaktien hinfällig werden zu lassen stellt die Unternehmen vor erneuten Umstellungsaufwand. Inhaberaktien sind trotz abnehmender Bedeutung immer noch zahlreich im Umlauf. So haben rund 60'000 oder 30% aller bestehenden Aktiengesellschaften Inhaberaktien emittiert. Die vorgesehene irreversible Enteignung kontrastiert zudem in unverhältnismässiger Weise mit der verfassungsmässigen Eigentumsgarantie. Die FDP stellt sich daher gegen diese vorgeschlagene Massnahme.

Die FDP stellt sich zudem auch klar gegen die vorgeschlagene Pflicht für Gesellschaften, über ein Konto bei einer schweizerischen Bank zu verfügen. Dies widerspricht der Wirtschaftsfreiheit. Zudem kann im Zuge der Digitalisierung nicht ausgeschlossen werden, dass traditionelle Bankkonten für einen Teil der Firmen generell an Bedeutung verlieren werden.

Es handelt sich des Weiteren bei der Ausweitung des Rechts zur Einsicht in die gesellschaftlich zu führenden Verzeichnisse um eine Massnahme, welche vorliegend nicht von der FDP unterstützt werden kann. Es wird nicht klar, mit welchen faktischen Pflichten für die Finanzintermediäre und mit welchem Aufwand für die Unternehmen gerechnet werden muss.







Ebenso wenig darf die ohnehin durch verschiedene Bestimmungen bereits geschwächte Rechtsposition einer Person in einem Amtshilfeverfahren nicht noch zusätzlich verschlechtert werden, indem ihr die für ihren Rechtsschutz wichtigen Angaben aus der Korrespondenz mit einer ausländischen Behörde vorenthalten werden, oder ihr zumindest der Zugang in zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht erschwert wird.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen Die Präsidentin

l'émi

Der Generalsekretär

Petra Gössi Nationalrätin Samuel Lanz